

Resolution für die Kollektivvertragsverhandlungen

Gegen Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung!

Arbeitszeitregelungen dürfen nicht über die Kollektivverträge verschlechtert werden!

Wir protestieren gegen die Gesetze zur Arbeitszeitflexibilisierung, sowie zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten die von den Sozialpartnern ausgehandelt und am 4. Juli im Nationalrat beschlossen wurden.

- * 12-Studententag und 60-Stundenwoche werden (mit einer 14-tägigen Pause nach acht Wochen) 24 Wochen lang möglich
- * Kollektivverträge mit 10 Stunden Normalarbeitstag werden möglich, ohne dass Überstundenzuschläge anfallen
- * Eine betriebliche und einzelvertragliche Vereinbarung der Viertageweche wird möglich
- * Teilzeitbeschäftigte erhalten verringerte Überstundenzuschläge (25 Prozent), wenn sie länger als die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit arbeiten, sofern nicht diese Mehrarbeit durch Zeitausgleich innerhalb von drei Monaten abgegolten wird (was in der Praxis fast nie der Fall ist)
- * Durch die Gesetzesnovelle zu den Öffnungszeiten können Geschäfte nun 72 statt bisher 66 Stunden offen halten. Dies wird zwangsläufig zu längerer Arbeitszeit führen. (Dies ist ja dann auch durch die Flexibilisierung gedeckt.)

Diese Flexibilisierungsvorhaben werden den Druck auf die ArbeitnehmerInnenseite bei den KV-Verhandlungen massiv verstärken. Die Verlagerung auf betriebliche und/oder einzelvertragliche Ebene wird betriebliche Interessensvertretungen und Beschäftigte noch erpressbarer machen und langfristig gesehen zum weiteren Abbau die betrieblichen Interessensvertretungen führen.

Eine Erhöhung der täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeit führt bei den Einzelnen zu erheblichen gesundheitlichen und sozialen Problemen und ist gesellschaftspolitisch hinsichtlich der hohen Arbeitslosenzahlen der falsche Weg. Der richtige Weg wird allerdings wohl nur mit einer politischen und personellen Alternative an der ÖGB- Spitze möglich werden.

Wir UnterzeichnerInnen verlangen von allen GewerkschafterInnen, die Kollektivverträge verhandeln:

1. Die neuen Arbeitszeitregelungen müssen zurückgenommen werden!
2. Die GewerkschafterInnen müssen die Durchführung des Gesetzes im Rahmen der KV-Verhandlungen verhindern und dürfen keine faulen Kompromisse eingehen!
3. Der ÖGB als unsere Interessensvertretung muss politischen Druck für eine Verbesserung der Arbeitszeitregelungen machen und darf dabei die Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Regierung nicht scheuen. Der ÖGB und die Teilgewerkschaften müssen sich endlich für die seit Jahrzehnten gültigen Beschlüsse zu Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn einsetzen! Diese muss in dem Maße passieren, dass sie nicht durch Erhöhung des Arbeitsdrucks kompensierbar ist, sondern neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

